

WP-04-321 Ein Land der Solidarität

Antragsteller*in: Tina Conrady (KV Rhein-Erft-Kreis)

Änderungsantrag zu WP-04

Von Zeile 320 bis 322 einfügen:

stärken, Fachkräfte besser qualifizieren und den Zugang zu evidenzbasierter Beratung und Behandlung verbessern. Beschwerden wie Schlafstörungen, Erschöpfung, Konzentrationsprobleme, depressive Verstimmung oder Herz-Kreislauf-Beschwerden werden in der Versorgung nicht immer mit den Wechseljahren in Verbindung gebracht, auch wenn dieser Zusammenhang im Einzelfall geprüft werden sollte. Deshalb wollen wir, dass Peri-, Meno- und Postmenopause fester Bestandteil der ärztlichen Aus-, Weiter- und Fortbildung werden, und zwar nicht nur in der Gynäkologie, sondern ebenso in Allgemeinmedizin, Innerer Medizin, Orthopädie, Psychiatrie und Arbeitsmedizin. Dazu wirken wir gemeinsam mit den medizinischen Fakultäten, dem Netzwerk Geschlechtersensible Medizin NRW und den Ärztekammern auf entsprechende Lernziele, Weiterbildungsinhalte und Fortbildungsangebote hin. Im Bundesrat setzen wir uns dafür ein, dass die Reform der Approbationsordnung die Wechseljahre verbindlich verankert, und auf Bundesebene für eine eigene Abrechnungsmöglichkeit für Beratungsgespräche. Für die Fort- und Weiterbildung der Gesundheitsfachberufe, für die das Land zuständig ist, schaffen wir entsprechende Angebote. Beratung und Behandlung sollen sich an der aktuellen S3-Leitlinie orientieren und eine ergebnisoffene Aufklärung über hormonelle und nicht hormonelle Optionen einschließen. Wir wollen Beratung statt Schweigen und Aufklärung statt Therapiezwang. Gleichzeitig wollen wir die Wechseljahre weiter enttabuisieren und auch in der Arbeitswelt stärker ins Bewusstsein

Begründung

Rund neun Millionen Frauen in Deutschland sind derzeit in den Wechseljahren, schätzungsweise ein Drittel von ihnen mit stärker belastenden Beschwerden. Wer sich dann Rat holt, trifft auf ein Versorgungssystem, dem das Wissen dafür oft fehlt. Das berichtet nicht eine Initiative, sondern das Bundesgesundheitsministerium in den Ergebnissen seines Dialogprozesses vom 13. Oktober 2026. Danach bestehen zum Teil erhebliche Wissenslücken zum Zusammenhang zwischen der hormonellen Umstellung und Symptomen wie Osteoporose, Herz-Kreislauf-Risiken, Schlafstörungen und psychischen Belastungen, und auch Gynäkologinnen und Gynäkologen verfügen nicht durchgängig über systematisch erworbenes Wissen. Ob ein Zusammenhang besteht, muss im Einzelfall geklärt werden. Wo er übersehen wird, wird eine Lebensphase zur Fehlersuche.

Wie groß die Verunsicherung ist, zeigt die Hormontherapie. Die Women's Health Initiative von 2002 hat sie weltweit in Verruf gebracht, bei Teilnehmerinnen, die im Schnitt über 63 Jahre alt waren. Die 20-Jahres-Auswertung von 2020 differenziert deutlich. Östrogen allein war mit weniger Brustkrebsfällen verbunden, die Kombination mit einem Gestagen mit mehr. Eine pauschale Aussage trägt also nicht. Bei erwerbstätigen Frauen zwischen 45 und 65 bei der Techniker Krankenkasse sank der Anteil mit Hormontherapie von 37 Prozent im Jahr 2000 auf 6,2 Prozent im Jahr 2020 und liegt seit 2024 wieder bei 9,5 Prozent. Was für die einzelne Frau richtig ist, soll sie auf Grundlage der Leitlinie informiert entscheiden, ohne Zwang und ohne Tabu.

Die Ausbildung ist der Engpass. Die Reform der ärztlichen Ausbildung, mit der der Bund die Wechseljahre verbindlich verankern will, liegt laut Deutschem Ärzteblatt seit Jahren auf Eis. Die Approbationsordnung braucht die Zustimmung des Bundesrates, und NRW sitzt dort mit am Tisch. Bis dahin kann das Land mit seinen Fakultäten, den Ärztekammern und den Gesundheitsfachberufen anfangen. Für Beratungsgespräche fehlt zudem eine eigene Abrechnungsziffer, sodass sie laut

Dialogprozess nur teilweise oder über Umwege kostendeckend möglich sind. Wer Beratung will, muss sie auch bezahlbar machen.

Quellen: Bundesgesundheitsministerium, Ergebnisse Dialogprozess Wechseljahre, 13.10.2026; Chlebowski et al., JAMA 2020;324(4):369-380; Deutsches Ärzteblatt, 13.10.2026.

Unterstützer*innen

Christian Schubert (KV Rhein-Erft-Kreis); Thommy Mewes (KV Rhein-Erft-Kreis); Dieter Dichantz (KV Rhein-Erft-Kreis); Kathleen Bausch (KV Rhein-Erft-Kreis); Thorsten Kaufmann (KV Rhein-Erft-Kreis); Simone Knels (KV Rhein-Erft-Kreis); Till Weber (KV Rhein-Erft-Kreis); Andrea Schmitz-Peiffer (KV Rhein-Erft-Kreis); Claudia Pracht (KV Rhein-Erft-Kreis); Michael Malitz (KV Rhein-Erft-Kreis); Uwe Wiesemann (KV Rhein-Erft-Kreis); Lena Conrady (KV Rhein-Erft-Kreis); Olav Riediger (KV Rhein-Erft-Kreis); Katja Rieß (KV Rhein-Erft-Kreis); Thomas Mönninghoff (KV Rhein-Erft-Kreis); Bettina Monika Müller (KV Rhein-Erft-Kreis); Markus Zemelka (KV Rhein-Erft-Kreis); Sascha Tiedje (KV Rhein-Erft-Kreis); Jan Meißner (KV Düren)